



Medienkommentar

Zentrale Rolle Ramsteins im US-Drohnenkrieg – langsam kommt Licht ins Dunkel



Am 22. Februar 2017 wurde „so nebenbei“ von einigen Leitmedien erwähnt, dass es im neuesten Jahresbericht von Amnesty International auch Kritik an dem Drohnenkrieg unter dem früheren US-Präsidenten Obama gebe. Ist dieses „Nebenbei“ gerechtfertigt und warum erfolgt von Amnesty International und in der westlichen Presse kein wirklicher Aufschrei mit praktischen Konsequenzen, wenn es um den US-amerikanischen Drohnenkrieg geht, der schon hunderte von unschuldigen Zivilisten das Leben gekostet hat?

Am 22. Februar 2017 wurde „so nebenbei“ von einigen Leitmedien erwähnt, dass es im neuesten Jahresbericht von Amnesty International auch Kritik an dem Drohnenkrieg unter dem früheren US-Präsidenten Obama gebe. Ist dieses „Nebenbei“ gerechtfertigt und warum erfolgt von Amnesty International und in der westlichen Presse kein wirklicher Aufschrei mit praktischen Konsequenzen, wenn es um den US-amerikanischen Drohnenkrieg geht, der schon hunderte von unschuldigen Zivilisten das Leben gekostet hat?

Kurze Rückblende: US-Präsident Barack Obama hatte Drohnenangriffe massiv ausgeweitet und zum wichtigsten Mittel im sogenannten „globalen Krieg gegen den Terror“ erklärt. Dabei greifen ferngesteuerte, unbemannte Drohnen Ziele im Irak, in Afghanistan, Pakistan, Jemen, Syrien, Libyen und Somalia an, meist um angebliche Terrorverdächtige gezielt zu töten. Die völkerrechtliche Basis für die Angriffe ist umstritten. Für den Deutschen Kai Ambos, Strafrechtsprofessor an der Universität Göttingen und Richter am dortigen Landgericht, ist die Tötung durch Drohnen in solchen Ländern eine außergerichtliche Hinrichtung. Für ihn ist die von den USA praktizierte Form der Drohneneinsätze völkerrechtswidrig. Zu anhaltender Kritik führt die Tatsache, dass bei den Angriffen mit von den Drohnen abgefeuerten Raketen bereits mehrere Hundert Unbeteiligte getötet wurden, darunter waren auch zahlreiche Kinder. Am 1. Juli 2016 veröffentlichte die US-Regierung das erste Mal Zahlen, dass in den Jahren 2009 bis 2015 bei 473 Luftangriffen bis zu 116 Zivilisten sowie 2.581 Kämpfer getötet worden seien. Jedoch wurden Afghanistan, Irak und Syrien in der Statistik nicht aufgeführt, da die USA dort an großen Militäroperationen beteiligt sind. Die britische Non-Profit-Organisation „Büro für Investigativen Journalismus“ (TBIJ) kam jedoch im selben Zeitraum auf bis zu 800 zivile Todesopfer nach den Drohnenangriffen der USA. Dunkelziffer noch nicht miteingerechnet.

Eine zentrale Rolle im Drohnenkrieg der US-Administration spielt der US-amerikanische Luftwaffenstützpunkt Ramstein Air Base in Rheinland-Pfalz, Deutschland. Laut dem Friedensaktivisten Wolfgang Jung, der das Treiben auf der Ramstein Air Base schon jahrzehntelang wachsam verfolgt, wäre der US-amerikanische Drohnenkrieg mit der Schließung der Ramstein Air Base mit einem Schlag beendet. Jung wörtlich: „Was in Ramstein abläuft in Sachen Drohnen, in Sachen Raketenabwehrschild, in Sachen Versorgung der Kriegsschauplätze mit dort gelagerter Munition ist alles a) völkerrechtswidrig

und b) grundgesetzwidrig, weil von unserem Boden aus keine Angriffskriege vorbereitet und schon gar nicht geführt werden dürfen.“

Die US-Air Base erhitzt seit Jahren die Gemüter in Deutschland. Bis vor kurzem ignorierte die Bundesregierung Beweise für die Drohnensteuerung in Ramstein und beteuerte immer wieder, von nichts zu wissen. Ende November 2016 dann plötzlich die 180 Grad Wende. Nun gab die Bundesregierung doch die zentrale Rolle Ramsteins im US-Drohnenkrieg zu, auch wenn kurz darauf wieder zurückgerudert wurde.

Laut dem deutschen „Auswärtigen Amt“ beruft sich die Stationierung ausländischer Streitkräfte in Deutschland – was auch die US-Basis Ramstein betrifft – auf den „Aufenthaltsvertrag von 1954“ und könnte jederzeit mit einer zweijährigen Frist gekündigt werden.

Sehen Sie nun eine gut 6-minütige Dokumentation von RT Deutsch, die am 6. Januar 2017 veröffentlicht wurde. Diese zeigt auf, was in Ramstein wirklich passiert und wie da nun doch langsam Licht ins Dunkel kommt.

von dd.

Quellen:

SRF1 8 Uhr Nachrichten vom 22.02.2017

https://de.wikipedia.org/wiki/Ramstein_Air_Base#Zentraler_Baustein_der_Kampfdrohnen-Eins.C3.A4tze

<http://www.epochtimes.de/politik/welt/traurige-bilanz-der-amtszeit-von-us-praesident-und-friedensnobelpreistraeger-barack-obama-mehr-krieg-mehr-terror-mehr-armut-a2019060.html>

<http://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/nachrichten/terrorbekaempfung/einsatz-drohnen-usa-kriegsrecht-hinweg>

https://de.wikipedia.org/wiki/Drohnenangriffe_in_Pakistan

<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/drohnen-usa-barack-obama-zivilisten>

https://de.wikipedia.org/wiki/The_Bureau_of_Investigative_Journalism

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/571488/umfrage/angaben-zu-zivilen-todesopfern-nach-drohnenangriffen-der-usa-im-vergleich/>

<https://deutsch.rt.com/inland/45698-linke-stellt-antrag-zur-schliessung-ramstein/>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensuriert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.